

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. Oktober 2026

1. Neuer Arbeitsminister: BFB erwartet Reformstart

Der BFB sieht im Wechsel an der Spitze des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Chance, die anstehenden Sozialreformen jetzt entschlossen umzusetzen. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki dankte in einer [Pressemitteilung](#) zunächst der bisherigen Ministerin Bärbel Bas für die offene Zusammenarbeit. Von ihrem Nachfolger Alexander Schweitzer erwartet der BFB Tempo und einen klaren Blick auf kleine und mittlere Betriebe. „Ein Ministerwechsel ersetzt kein Reformprogramm. Er kann aber der Startschuss sein“, so Klotzki. Den Zeitplan, den Bundeskanzler Friedrich Merz am 13. Oktober 2026 beim Deutschen Arbeitgebertag bekräftigte, unterstützt der Verband ausdrücklich: Der Gesetzentwurf zur Rentenreform soll noch in diesem Jahr ins Kabinett und im ersten Quartal 2027 durch den Bundestag. Als Prioritäten nennt der BFB eine Alterssicherungspflicht für Selbstständige mit Wahlfreiheit bei der Vorsorgeform und dem Schutz der berufsständischen Versorgungswerke, ein schnelles und verlässliches Statusfeststellungsverfahren sowie spürbaren Bürokratieabbau im Arbeits- und Sozialrecht.

2. Mindestausbildungsvergütung steigt 2027 auf 764 Euro

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung vergangene Woche [mitteilte](#), steigt die Mindestausbildungsvergütung in Deutschland ab 2027 im ersten Ausbildungsjahr auf 764 Euro brutto im Monat. Das entspricht einer Erhöhung von etwa 5,6 Prozent im Vergleich zu 2026. Im zweiten Ausbildungsjahr erhalten Auszubildende mindestens 902 Euro, im dritten 1.031 Euro und im vierten 1.070 Euro monatlich. Das Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass die Mindestausbildungsvergütung für das erste Ausbildungsjahr jährlich angepasst wird. Sie richtet sich nach der Steigerung der durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen in den beiden vorangegangenen Jahren. Für das zweite bis vierte Ausbildungsjahr gibt es gesetzlich festgelegte prozentuale Aufschläge auf die Mindestvergütung des ersten Ausbildungsjahres. Den BIBB-Berechnungen zufolge erhält der weitaus größte Teil der Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung deutlich oberhalb der Mindestausbildungsvergütung.

3. Regionalkoordinatorinnen und -koordinatoren für VerAplus gesucht

Im Rahmen der Initiative „Verbesserung von Ausbildungserfolgen“ („VerAplus“) werden Regionalkoordinatorinnen und Regionalkoordinatoren für fünf Regionen gesucht: in Brandenburg für Cottbus und Ostbrandenburg, in Bayern für die Oberpfalz/Regensburg, in Schleswig-Holstein für Südost-Holstein (Kreise Stormarn und Segeberg), in Sachsen-Anhalt für Halle und in Nordrhein-Westfalen für Münster. Zu ihren Aufgaben gehört es, die VerAplus-Ausbildungsbegleiterinnen und -begleiter bei Fragen zu laufenden Begleitungen und rund um die Ausbildung zu unterstützen, sich regelmäßig mit den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Kammern auszutauschen und bei der Vermittlung von geeigneten Senior Expertinnen und Experten für die Anfragen aus der Region zu helfen. Der BFB unterstützt die Initiative „VerAplus“ als Partnerorganisation. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

4. IW-Gutachten zur Fortbildung als überzeugende Erwerbs-, Verdienst- und Karriereperspektive

Ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 14. Oktober 2026 [zeigt](#), dass berufliche Aufstiegsfortbildungen gute Karriere- und Verdienstmöglichkeiten bieten. Menschen mit einem Fortbildungsabschluss verdienen im Durchschnitt 34,4 Prozent mehr als Beschäftigte mit einer Berufsausbildung ohne Aufstiegsfortbildung. Außerdem übernehmen sie häufiger

verantwortungsvolle Aufgaben und sind seltener arbeitslos. Des Weiteren bleiben akademische Bildungswege im Durchschnitt insbesondere im späteren Erwerbsverlauf weiterhin mit höheren Einkommen und weiterreichenden Aufstiegsmöglichkeiten verbunden. Aber bis zu einem Alter von 49 Jahren verdienen Personen mit Fortbildungsabschluss in der kumulierten Betrachtung sogar mehr als jene mit Hochschulabschluss. Die Autorinnen und Autoren empfehlen, die berufliche Aufstiegsfortbildung stärker zu fördern und als attraktive Alternative zu einem Hochschulstudium bekannter zu machen.

5. Unternehmen setzen auf IT-Quereinsteiger

69 Prozent der Unternehmen mit IT-Stellen beschäftigen Quereinsteigerinnen oder Quereinsteiger. 39 Prozent wollen künftig verstärkt auf diesen Weg der Personalgewinnung setzen. Das zeigt eine am 8. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) repräsentative Bitkom-Befragung unter 602 Unternehmen ab drei Beschäftigten, darunter 319 mit IT-Stellen. Für 51 Prozent der Unternehmen mit IT-Stellen zählen praktische IT-Kenntnisse mehr als formale Abschlüsse. Bitkom fordert, Weiterbildung und Quereinstieg stärker zu fördern, etwa durch passende Qualifizierungsangebote und finanzielle Unterstützung bei der beruflichen Neuorientierung. Zudem spricht sich der Verband für KI-Weiterbildungsbudgets für Beschäftigte sowie kleine und mittlere Unternehmen aus.

6. IW: Beschäftigung in KI-nahen Berufen wächst

Die Beschäftigung in Berufen, deren Tätigkeiten potenziell stark von Künstlicher Intelligenz (KI) beeinflusst werden können, ist in Deutschland zwischen Dezember 2019 und Dezember 2025 um 8,3 Prozent gestiegen. Das zeigt eine am 13. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Ende 2025 übten rund 12,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sogenannte KI-nahe Tätigkeiten aus. Besonders hoch ist deren Anteil unter Beschäftigten mit anspruchsvollen Tätigkeiten: Bei den Experten liegt er bei 88 Prozent, bei den Spezialisten bei 50 Prozent. Hinweise auf einen verstärkten Arbeitsplatzabbau in KI-nahen Berufen finden sich bislang nicht. Auch das Arbeitslosigkeitsrisiko unterscheidet sich kaum von dem in KI-fernen Berufen. Eine Entwarnung gibt das IW dennoch nicht: Die Untersuchung erfasst das Potenzial für den KI-Einsatz, nicht aber dessen tatsächliche Nutzung. Zudem könnten sich Auswirkungen auf die Beschäftigung erst mit Verzögerung zeigen.

7. EU-Kommission befragt Unternehmen zum Einsatz von KI

42 Prozent der befragten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie mittelgroßen Unternehmen in der Europäischen Union (EU) setzen bereits künstliche Intelligenz (KI) und algorithmische Managementsysteme ein, weitere 21 Prozent planen dies. Das zeigt eine am 14. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) Eurobarometer-Erhebung der EU-Kommission. Drei Viertel der Unternehmen erwarten durch den Einsatz dieser Technologien eine Verbesserung der Arbeitsqualität. Als größte Hürden nennen sie hohe Investitionskosten (50 Prozent), rechtliche Unsicherheiten (49 Prozent) und fehlendes Fachwissen (48 Prozent). Für die Erhebung wurden rund 12.800 Unternehmen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten befragt.

8. Analoge Ämter bremsen die Wirtschaft aus

Für 75 Prozent der befragten Unternehmen ist die fehlende Verwaltungsdigitalisierung ein internationaler Standortnachteil. Das zeigt eine am 12. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) repräsentative Bitkom-Befragung von Unternehmen ab 20 Beschäftigten. Nur zwei Prozent können ausschließlich digital mit Behörden kommunizieren. 43 Prozent sehen in der wiederholten Bereitstellung derselben Daten ein großes Problem. Der BFB fordert durchgängig digitale,

praxistaugliche Verfahren, funktionierende Schnittstellen und die einmalige Erfassung von Daten nach dem Once-Only-Prinzip. Dabei müssen insbesondere die kleinen freiberuflichen Einheiten berücksichtigt sowie Datenschutz und Berufsgeheimnis gewahrt werden. Weniger Verwaltungsaufwand schafft mehr Zeit für Beratung, Behandlung und Betreuung.

9. Digitale Behördenleistungen bleiben die Ausnahme

17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine Verwaltungsleistung wie eine Wohnsitzanmeldung online beantragt. Im Vorjahr waren es 13 Prozent. Das zeigt eine am 13. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) Befragung des Digitalverbands Bitkom. Zwar haben bereits 72 Prozent online einen Behördentermin vereinbart, der vollständige digitale Antrag bleibt jedoch selten. Gleichzeitig wünschen sich 57 Prozent, dass Behördenkontakte grundsätzlich digital erfolgen.

10. Lehrkräfte bewerten ihre Digitalkompetenz mit der Note 2,3

Lehrkräfte bewerten ihre Fähigkeiten, Unterricht digital zu gestalten, im Durchschnitt mit der Schulnote 2,3. Das zeigt eine am 12. Oktober 2026 [veröffentlichte](#) Bitkom-Befragung unter Lehrkräften der Sekundarstufen I und II. Zugleich sorgen sich 32 Prozent, mit der Entwicklung digitaler Technologien nicht Schritt halten zu können. 27 Prozent möchten sich zu Künstlicher Intelligenz weiterbilden. Für regelmäßige verpflichtende Fortbildungen zu digitalen Themen und Methoden sprechen sich 78 Prozent aus.

11. Gewerbesteureinnahmen 2025 um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr

Wie das Statistische Bundesamt am 15. Oktober 2026 [mitteilte](#), nahmen die Gemeinden in Deutschland 2025 rund 76,4 Milliarden Euro Gewerbesteuer ein. Das ist ein Anstieg von 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und ein neuer Rekord. In elf Bundesländern stiegen die Gewerbesteureinnahmen, während sie in fünf Bundesländern zurückgingen. Die Einnahmen aus der Grundsteuer blieben insgesamt unverändert bei 16,1 Milliarden Euro.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 30. Oktober 2026

